

Das Verdienst der Untersuchung liegt vor allem in der Gegenüberstellung der kontroversen Aussagen, die L. sorgfältig den publizierten Memoiren der Direktbeteiligten, der benützten Sekundärliteratur und den penibel ausgewerteten Dokumentationen entnahm, sowie in der Bewertung ihrer Glaubwürdigkeit und in dem – aber nicht immer schlüssig gelungenen – Bemühen, plausible Handlungsabläufe aufzuzeigen. Sein herausragendes, aber nicht besonders fruchtbares Interesse gilt dem Nachweis, wann welcher Politiker oder welche Gruppierung Forderungen erhoben oder Zusagen gemacht bzw. erhalten hat, die neue polnische Westgrenze über die Oder-Linie hinaus bis zur Glatzer oder gar zur Lausitzer Neiße vorzuschieben; dabei sind ihm einige Klarstellungen und Präzisierungen zu danken. Fast gleichgroßes Gewicht räumt er der Offenlegung der Täuschungs- und Betrugsmanöver Stalins sowie der Enthüllung kommunistischer Geschichtsklitterungen ein, die nicht nur in zwei Kapiteln (S. 66 ff. und S. 85 ff.) im Mittelpunkt stehen, sondern auch sonst als wichtiges Charakteristikum der sowjetischen Diplomatie und eines dämonisierten Stalin herausgearbeitet werden. Dem Diktator wird „jeder billige Trick und jede Schurkerei“ (S. 109) und „gewissenlose Raffinesse“ (S. 120) unterstellt, hat er doch die alliierten Staatsmänner nach Strich und Faden belogen, betrogen, planmäßig getäuscht und über den Tisch gezogen (S. 107, 127, 129, 134, 136, 161 usw.); Rückschlüsse auf die Menschenkenntnis und die politische Moral der Gesprächspartner Stalins aus dem alliierten Lager verknüpft sich L. wohlweislich. Den polnischen Historikern wird der globale Vorwurf gemacht, „sich in ein Netz von Lügen und Widersprüchen“ verstrickt zu haben, „was unter Kommunisten ja häufig vorkam“ (S. 89 f.), wodurch sie mehrfach in die peinliche Lage gerieten, „ihre Betrügereien von früher aufdecken zu müssen“ (S. 107). Diese emotionsgeladenen Unterstellungen, die wegen fehlender Sprachbeherrschung ja vom Vf. gar nicht anhand der Originalpublikationen überprüft werden konnten, haben in einer Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erhebenden Publikation nichts zu suchen, auch wenn sie aus der Feder eines angehenden Journalisten kommen. Die sich stellende Frage, warum die Westmächte dem offenkundigen sowjetischen Expansionsstreben nicht konsequent entgegengetreten sind und sich dem Stalinschen Diktat fast ohne Widerrede gebeugt haben, wird allein mit dem Verweis auf einen drohenden ernsthaften Konflikt oder gar einen Krieg nicht erschöpfend beantwortet.

Da L. auf einer breiten Literaturgrundlage sowohl die Grenzproblematik im engeren Sinn als auch das besondere Interesse Stalins an der Westverschiebung der sowjetisch-polnischen und der polnisch-deutschen Grenze als Voraussetzung für die Errichtung eines Hegemonialglacis im östlichen Mitteleuropa würdigte und zudem ausführlich auf die Beziehungen zwischen der UdSSR und den Westmächten sowie das Verhältnis der polnischen Exilregierung zu den großen Drei und ihren kommunistischen Gegenspielern einging, bietet seine Zusammenfassung des bisherigen Forschungsstandes einen brauchbaren Einstieg in die Gesamtproblematik. Zu befürchten bleibt allerdings, daß sich zur Versöhnung über eine schmerzhafteste Grenze hinweg nicht bereite Vertriebenenpolitiker wohl kaum von gutgemeinten wissenschaftlichen Argumenten werden beeindrucken und von revanchistischen Gedankenspielen abhalten lassen.

Saarbrücken

Jörg K. Hoensch

Siegrid Krülle: Die Konfiskation deutschen Vermögens durch Polen. Teil I: Die Enteignungsmaßnahmen. (Forschungsergebnisse der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Bd. 16.) Verlag Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Bonn 1993. 192 S.

Die Ursachen des in dem Buch behandelten Problems werden von der Autorin, die durch zahlreiche völkerrechtliche und staatsrechtliche Veröffentlichungen bestens aus-

gewiesen ist, präzise beschrieben: „Aus deutscher Sicht resultieren die offenen Vermögensfragen in erster Linie daraus, daß Polen bei Kriegsende jenseits der nunmehr bestätigten Grenze sämtliches deutsches Vermögen konfisziert, die deutsche Bevölkerung aber fast restlos vertrieben hat. Immense Werte flossen Polen insbesondere mit dem staatlichen und privaten Vermögen in den Ostgebieten des Deutschen Reiches zu, die ein Viertel des deutschen Staatsgebiets und mit dem Gebiet der Freien Stadt Danzig nun ein Drittel des polnischen Hoheitsbereichs ausmachten“ (S. 11). Hintergründe und Durchführung der Vertreibung werden kurz skizziert. Dasselbe gilt für die geplante Wirtschafts- und Sozialordnung, deren Grundsätze bereits im Manifest des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung vom 22. 7. 1944 verkündet wurden. Die Analyse der polnischen Maßnahmen erfolgt in drei Abschnitten, deren Umfang nicht im Verhältnis zu den betroffenen Gebietsteilen, sondern zu den Rechtsproblemen steht. 40 S. sind den Konfiskationen in den Ostgebieten des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. 12. 1937 gewidmet, 17 S. denjenigen auf polnischem Staatsgebiet und 25 S. den Konfiskationen in der Freien Stadt Danzig. In jedem Abschnitt wird zunächst die von den polnischen Behörden vorgenommene rechtliche Einstufung der betroffenen Personkreise erläutert. Die einzelnen Gesetze und Dekrete werden inhaltlich wiedergegeben und interpretiert, das weitere rechtliche Schicksal des enteigneten Vermögens wird dargelegt. Das Vermögen der juristischen Personen des öffentlichen Rechts (der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften, der Sozialversicherungsträger und der Kirchen) und das Eigentum verbliebener Deutscher wird jeweils gesondert behandelt. Jeder Abschnitt schließt mit Hinweisen auf den Gesamtumfang und die Aufschlüsselung der konfiszierten Vermögenswerte. Dabei werden auch die wertvollen Bibliotheks- und Archivbestände erwähnt (z. B. rund 7000 Urkunden und 3000 Handschriften aus dem erzbischöflichen Diözesanarchiv in Breslau). Die Vermögensverluste in den Ostgebieten des Deutschen Reiches werden auf „mehrere Hundert Milliarden DM“ geschätzt (S. 63). Einzelne genau festgestellte Vermögensverluste werden zum Stichtag vom 30. 6. 1973 exakt aufgeschlüsselt. Dasselbe gilt für die Vermögensverluste in „Altpolen“ (nahezu 14 Milliarden DM) und in der Freien Stadt Danzig (etwas über 3 Milliarden DM). Die seit 1989 betriebene Privatisierung wird in einer Schlußbemerkung erwähnt. Sie gibt den von den Konfiskationen betroffenen Deutschen nicht die Möglichkeit, ihr Eigentum zurückzuerlangen. Ein Verzeichnis der einschlägigen polnischen Rechtsvorschriften vom 31. 8. 1944 bis zum 19. 4. 1969 schließt sich an. 20 Dokumente, beginnend mit den ersten Vertreibungsplänen und endend mit einer Statistik über die Aufteilung des Landfonds der Agrarreform bis zum 1. 1. 1950, werden unter Angabe der polnischen Quellen in deutscher Übersetzung wiedergegeben. Ein anschaulicher Kartenteil rundet zusammen mit einem umfassenden Literaturverzeichnis und einem Sachregister das Werk ab.

Regensburg

Otto Kimminich

Marek Kazimierz Kamiński: Polska i Czechosłowacja w polityce Stanów Zjednoczonych i Wielkiej Brytanii 1945–1948. [Polen und die Tschechoslowakei in der Politik der Vereinigten Staaten und Großbritanniens 1945–1948.] (Instytut Historii PAN, Komitet Nauk Historycznych.) Verlag Instytut Historii PAN. Warszawa 1991. 380 S., engl. Zussf.

Der Warschauer Historiker Marek Kazimierz Kamiński unternimmt in der vorliegenden Monographie den Versuch, die Entwicklung der Positionen der Westmächte zur Lage in Polen und der Tschechoslowakei von 1945 bis 1948 parallel darzustellen. Beide Staaten gehörten formell der siegreichen Anti-Hitler-Koalition an und hatten es gleichzeitig nicht geschafft, sich selbständig von den deutschen Besatzern zu befreien. Der